

## **Ergebnisprotokoll**

**über die 5. Sitzung  
des Beirates von und für Menschen mit Behinderung  
des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
(4. Wahlperiode des Beirats)  
am Montag, dem 20. November 2017**

**Anwesende:** Herr Bäse, Herr Drescher, Herr Feilke, Herr Haase, Herr Jahnke, Herr Lockau, Frau Rauterberg, Frau Rohde-Käsling, Frau Stennert, Frau Trzecinski, Frau Voss, Frau Halten-Bartels, Frau Hansen, Herr Sell, Frau Boas, Herr Dieke, Herr Engelmann, Frau Schmidt, Frau Juppe-Ziervogel, Frau Hergli, Herr Friedrich

**Gäste:** Herr Engelmann, Frau Fritsch-Güse, Frau Merslikin, Herr Kaas Elias, Frau Cieschinger, Frau Koserske

**Ort:** Rathaus Charlottenburg, BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

**Beginn:** 17:00 Uhr

**Ende:** 18:30 Uhr

### **TOP 1: Begrüßung und Vorstellungsrunde**

Herr Friedrich begrüßt die Anwesenden und bittet um eine kurze Vorstellungsrunde. Bezüglich der vorgeschlagenen Tagesordnung werden keine Änderungen angeregt.

### **TOP 2: Protokollkontrolle**

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig angenommen.

### **TOP 3: Die Abteilung Soziales und Gesundheit – Inklusion von Menschen mit Behinderung**

Die Moderation dieses TOP's übernimmt in Anlehnung an den Beiratsbeschluss 1/2017 als Mitglied des Beirats Herr Lockau (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband). Als Gast begrüßen Herr Lockau und Herr Friedrich den stellvertretenden Bürgermeister und Leiter der Abteilung Soziales und Gesundheit, Herrn Bezirksstadtrat Engelmann. Herr Lockau bittet Herrn Engelmann, die Zuständigkeiten seiner Abteilung kurz zu skizzieren und dabei nach Möglichkeit im Besonderen auf behindertenpolitisch relevante Thematiken und die Umsetzung der UN-BRK einzugehen.

Herr Engelmann stellt die Fachbereiche seiner Abteilung vor und betont hinsichtlich des Sozialamts insbesondere die Themen Grundsicherung, Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege und Betreuung. Bezüglich des Gesundheitsamts hebt er die Beratungsstelle für behinderte, pflegebedürftige, krebskranke und aidskranke Menschen sowie den Sozialpsychiatrischen Dienst hervor. Darüber hinaus ist er Vorsitzender der Trägerversammlung des Jobcenters Charlottenburg-Wilmersdorf sowie Vorsitzender der Wilmersdorfer Seniorenstiftung.

Frau Merslikin erkundigt sich, ob es in Herrn Engelmanns Abteilung eine Zuständigkeit für so genannte Persönliche Budgets gibt. Herr Engelmann nennt in diesem Zusammenhang den im Sozialamt für Grundsicherung, Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe zuständigen Fachbereich.

Herr Kaas Elias bittet um Auskunft, wie viele Personen derzeit das Persönliche Budget in Anspruch nehmen. Herr Engelmann kann hierzu spontan keine genaue Zahl nennen, bietet aber an, hierüber in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses zu informieren.

[Anmerkung des Protokollanten:]

Das Büro von Herrn Engelmann teilte hierzu am 23.11.2017 folgendes mit:

„Es wird keine spezielle Statistik zur Zahl der Fälle mit persönlichem Budget geführt. Die Sachbearbeitung wurde aufgrund gesetzlicher Änderungen und aus organisatorischen Gründen auf verschiedene Arbeitsgruppen verteilt. Die Bearbeitung erfolgt in den zwei Arbeitsgruppen Ambulante Hilfe zur Pflege und in der Arbeitsgruppe Eingliederungshilfe. Insgesamt handelt es sich um wenige Fälle. Die Amtsleitung schätzt in Absprache mit den zuständigen Gruppenleitungen rund 50 Fälle.“

[Ende der Anmerkung]

Frau Rohde-Käsling fragt nach, ob es ein bezirkliches Verzeichnis über barrierefreie Wohnungen gebe. Sie berichtet in diesem Zusammenhang von einer Bürgerin, die bei der Suche nach einer entsprechenden Wohnung seitens des Bezirks keine Unterstützung erhalten habe. Herr Engelmann erwidert, dass Bürgerinnen und Bürger auf jeden Fall Unterstützung erhalten, auch wenn dies nicht immer zum gewünschten Erfolg führe. Der Bezirk habe insgesamt knapp 1.000 Wohnungen im Angebot, die über Immobilien mehrerer Wohnungsbaugesellschaften verteilt seien. Diese seien aber zumeist leider nicht barrierefrei. Für die relativ wenigen, wirklich rollstuhlgerechten Wohnungen gebe es eine Warteliste. Der Bezirk könne in diesem Zusammenhang nur vermittelnd tätig werden.

Frau Trzecinski gibt zu bedenken, dass es oftmals weniger um Barrieren im Baubereich gehe, sondern vielmehr um Barrieren im Umgang mit unterschiedlichen Formen von Behinderung. Sie fragt nach, inwieweit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamts aus Sicht von Herrn Engelmann diesbezüglich sensibilisiert bzw. geschult seien. Herr Engelmann geht davon aus, dass in seiner Abteilung ein relativ hohes Maß an Sensibilität vorhanden ist. Spezielle Schulungen werden hierzu bislang allerdings nicht durchgeführt.

Herr Feilke erkundigt sich, inwieweit sichergestellt sei, dass Selbsthilfeorganisationen und -gruppen auch in Zukunft die Räumlichkeiten im Stadtteilzentrum Nehringstraße 8 nutzen können. Nach Kenntnis von Herrn Engelmann seien diesbezüglich keine Änderungen geplant.

Herr Lockau schlägt vor, die Sensibilisierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung für die Belange von Menschen mit Behinderung im Rahmen der geplanten Workshops als Schwerpunkt aufzunehmen und bietet diesbezüglich die Unterstützung des Behindertenbeirats an. Herr Engelmann begrüßt dies.

Herr Lockau bittet Herrn Engelmann um Darstellung des aktuellen Sachstands zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG), im Besonderen soweit dies den Bezirk betrifft. Herr Engelmann ist einer von drei Bezirksvertretern im berlinweiten Lenkungsgremium zur Umsetzung des BTHG. Es sei ein externer Dienstleister beauftragt worden, ein Gutachten zur künftigen Strukturierung der Trägerschaften von Teilhabeleistungen im Jahr 2018 fertigzustellen. Ein wichtiger Punkt sei in diesem Zusammenhang die Klärung, inwieweit künftig zentrale/landesweite oder dezentrale/bezirkliche Zuständigkeiten bestehen sollen. Frau Trzecinski schlägt vor, sich an anderen Bundesländern ein Beispiel zu nehmen und neue Verfahren wie die Integrierte Teilhabeplanung im Bezirk anzuwenden.

Herr Lockau bittet Herrn Engelmann um Auskunft, inwieweit im Bezirk die Einrichtung von so genannten medizinischen Behandlungszentren für Erwachsene mit geistiger Behinderung und schweren Mehrfachbehinderungen im Sinne von § 119c SGB V thematisiert werde. Herr Engelmann erläutert, es gebe die Überlegung, im Bereich Charlottenburg Nord ein medizinisches Beratungszentrum anzusiedeln. Die Suche nach einem Standort bzw. einer konkreten Liegenschaft gestalte sich allerdings schwierig. Positiv zu erwähnen sei, dass alle Krankenhäuser im Bezirk zugesagt haben, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an einem solchen Projekt zu beteiligen.

Frau Rohde-Käsling schlägt vor, ein Verzeichnis der im Bezirk befindlichen barrierefreien Einrichtungen des Gesundheitswesens zu erstellen. Herr Sell regt in diesem Zusammenhang an, sich diesbezüglich an die Kassenärztliche Vereinigung zu wenden. Frau Rauterberg ergänzt, dass Barrierefreiheit hierbei auch für blinde und sehbehinderte Menschen sowie für weitere Behinderungsformen berücksichtigt werden müsse. Herr Engelmann bietet an, sich in diesem Sinne an die kassenärztliche Vereinigung zu wenden.

Frau Rauterberg moniert, dass die von Empfängerinnen und Empfängern von Landespflegegeld jährlich auszufüllende so genannte Lebensbescheinigung immer noch nicht in barrierefreier Form vorliege bzw. versandt werde. Herr Engelmann erklärt hierzu, dass dieses Formular von der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung mit einem Fachverfahren bzw. einer Software erstellt werde, die

nicht barrierefrei sei. Er betont, dass er hierauf seit Jahren regelmäßig gegenüber der Landesverwaltung aufmerksam mache.

Herr Lockau fasst die im Rahmen der Diskussion vorgebrachten Problematiken noch einmal kurz zusammen und weist darauf hin, dass diese auch im Zuge des geplanten Workshops thematisiert werden sollten. Herr Lockau und Herr Friedrich bedanken sich bei Herrn Engelmann für seine Teilnahme an der Beiratssitzung und für die Aufgeschlossenheit in Hinblick auf die Durchführung eines abteilungsbezogenen Workshops.

#### **TOP 4: Aktuelle Drucksachen der BVV**

Zu aktuellen Drucksachen besteht kein Diskussionsbedarf.

Herr Friedrich weist noch einmal darauf hin, dass er den stimmberechtigten Mitgliedern sowie den Vertretern regelmäßig die Einladungen zu den Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlungen per E-Mail weiterleitet. Darin können die aktuellen Drucksachen bei Interesse eingesehen werden.

#### **TOP 5: Anträge und Beschlüsse des Beirats**

Die Antwort des Bezirksamts zu Beschluss Nr. 3/2017 „Finanzielle Bedarfe für gesellschaftliche Teilhabe und politische Partizipation“ haben die Beiratsmitglieder erhalten.

Zu Beschluss Nr. 2/2017 „Barrierefreiheit vor Denkmalschutz“ bitten die Beiratsmitglieder das Bezirksamt um eine schriftliche Beantwortung. Der Verweis auf das Protokoll der Beiratssitzung am 11.9.2017 stellt nach Ansicht des Beirats keine Beantwortung des Beschlusses dar. Frau Hansen weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich im Bezirk ein Denkmalbeirat konstituiert habe.

Der Beirat bittet das Bezirksamt, sich mit der Bitte um Auskunft über barrierefreie Einrichtungen des Gesundheitswesens an die Kassenärztliche Vereinigung zu wenden. Herr Friedrich verschriftlicht den Beschluss und leitet diesen an das Bezirksamt bzw. Herrn Engelmann weiter.

#### **TOP 6: Verschiedenes**

Die nächste Beiratssitzung findet statt am 26. Februar 2018. Herr Friedrich bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 18:30 Uhr.

Friedrich  
(Stellv. Vorsitzender, Protokollant)